

# Integration neu denken

Kai Weber und Anke Immenroth

Wie können MigrantInnen besser deutsch lernen? Scheitert die Schule an lernunwilligen MigrantInnenkindern? Wie steht es um die Gleichberechtigung der Frau in türkischen Familien? Welche Gefahren gehen von islamistischen Strömungen aus? Solche und ähnliche Fragen werden derzeit zum Thema Integration und Zuwanderung öffentlich diskutiert – zum Teil populistisch, zum Teil gutwillig, aber immer liegt der Fokus auf den angeblichen oder tatsächlichen Defiziten der Eingewanderten. Unterbelichtet wird in der öffentlichen Debatte dagegen die Frage, welche Versäumnisse und Defizite der vorherrschenden Politik anzulasten sind.

In der Tat scheint nach 40 Jahren Einwanderung die Integration von MigrantInnen und Flüchtlingen, verstanden als gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, weitgehend gescheitert zu sein. Die Politik steht vor einem Scherbenhaufen.

Diese Symptome gescheiterter Integration sind nicht kulturell erklärbar, sondern zeigen Strukturdefizite: Menschen ohne deutschen Pass sind nicht gleichberechtigt, sie werden benachteiligt, gettoisiert und diskriminiert. Eine Integration kann nur unter erschwerten Bedingungen stattfinden:

## Einbürgerung

Warum werden in Deutschland immer weniger Einbürgerungsanträge gestellt? Im Jahr 2000 gab es noch 186.700 Einbürgerungen, 2003 nur noch 140.700, 2005 gar nur noch 117.240<sup>10</sup>. Es ist fraglich, ob die hohen Anforderungen an den Nachweis deutscher Sprachkenntnisse realitätstauglich sind, und ob das weitgehende Verbot einer doppelten Staatsangehörigkeit der Lebensrealität gerade der älteren MigrantInnen gerecht wird. Die Innenministerkonferenz hatte sich zuletzt vor einem halben Jahr auf einheitliche Standards bei der Einbürgerung festgelegt. Das Sprachzertifikat B1, das nun als Grundlage für einheitliche Sprachtests dienen soll, verlangt aber ein derart hohes mündliches und schriftliches Niveau, dass es vor allem für ältere MigrantInnen eine unüberwindliche Hürde zur deutschen Staatsbürgerschaft darstellen wird. Offenbar haben Bund und Länder gar kein Interesse an einer Unterstützung und Förderung von Einbürgerungen in Deutschland. Einbürgerung muss nicht zwangsläufig als Ergebnis eines gelungenen Anpassungsprozesses verstanden werden, sondern kann – durch die Anerkennung einer Person und ihre Ausstattung mit Rechten – selbst einen Teil zur Integration beitragen. Hohe Hürden helfen dabei niemandem. In dieser Hinsicht sollte Deutschland von den klassischen Einwanderungsstaaten lernen.

## Rechtssicherheit

Die Frage der (mangelnden) Rechtssicherheit nicht in den Blick zu nehmen heißt, ein für die Integrationsdebatte zentrales Segment auszublenden. Eine Integration kann nur ge-

lingen, wenn den Menschen, die in Deutschland ihren Lebensmittelpunkt haben, auch Aufenthaltssicherheit garantiert wird. Die Bereitschaft von Flüchtlingen und MigrantInnen, z.B. Deutsch zu lernen, dürfte sich in Grenzen halten, wenn nicht garantiert ist, dass die erworbenen Sprachkenntnisse auch angewandt werden können. Leider arbeitet die Politik eher daran, den Aufenthalt auch für langjährig im Bundesgebiet lebende Menschen unsicherer zu machen.

## Politische Partizipation

Politische Partizipation der Eingewanderten ist für die offizielle Politik bisher kein Leitgedanke. Zwar wird allerorten die Notwendigkeit eines bürgerschaftlichen Engagements beschworen. MigrantInnen- und Flüchtlingsorganisationen werden aber überwiegend nicht als politische Gesprächs-, Bündnis- und Verhandlungspartner wahrgenommen, sondern als Vermittler und Multiplikatoren eingesetzt. Sie sollen im Sinne der Politik auf MigrantInnen und Flüchtlinge einwirken. Mit politischer Partizipation hat das herzlich wenig zu tun, eher mit Sozialarbeit. Nur in wenigen Bundesländern werden MigrantInnenorganisationen und Flüchtlingsräte über den jeweiligen Landeshaushalt institutionell gefördert.

## Arbeits- und Bildungschancen von MigrantInnen

- MigrantInnen und Flüchtlinge haben deutlich geringere Bildungschancen und schlechtere Schulabschlüsse. Fast 20% verlassen die allgemeinbildenden Schulen ohne Schulabschluss. (Bei Deutschen sind es 7,9%)<sup>1</sup>
- Ca. 40% aller MigrantInnen erreichen keinen Berufsabschluss, gegenüber 15% aller Deutschen.<sup>2</sup> Selbst bei gleicher Schulausbildung ist Vermittlung von Ausbildungsstellen an MigrantInnen signifikant geringer.
- Die Arbeitslosenquote von MigrantInnen ist in Deutschland mehr als doppelt so hoch wie der Durchschnitt (Oktober 2006: 22,0% gegenüber 9,8%)<sup>3</sup> Rund doppelt so viele MigrantInnen sind von Armut betroffen (2004: 23,8 % MigrantInnen – 12,0% Deutsche)<sup>4</sup>.
- Entsprechend verfügen MigrantInnen über ein viel geringeres Einkommen. Sie nehmen die schlechter bezahlten Jobs ein und haben ein höheres Arbeitsplatzrisiko.<sup>5</sup> Im Öffentlichen Dienst sind sie (außerhalb der Reinigungsdienste) deutlich unterrepräsentiert. Die Wohnungen sind im Durchschnitt kleiner, teurer und liegen häufig in Stadtteilen, die nicht gerade zu den bevorzugten Wohnlagen gezählt werden.<sup>6</sup>
- Nur 10,2 % „ausländischer Schulentlassener“ erreichen die Hoch-/Fachhochschulreife, gegenüber 26,0 % der Deutschen (2003)<sup>7</sup>
- Der Anteil der ausländischen Studierenden (BildungsinländerInnen)<sup>8</sup> an der Gesamtzahl der Studierenden lag im Wintersemester 2003/2004 bei nur 3,3 %.<sup>9</sup>

«Dass die Bekämpfung von Rassismus zum Kernbestand eines jeden Integrationsprogramms gehören muss, bedarf aus der Sicht der Betroffenen keiner weiteren Begründung.»

### **Rassismus und Anti-Diskriminierung**

Trotz dramatischer Meldungen über zunehmende rassistisch motivierte Gewalttaten und Anschläge spielt Rassismus in den meisten Integrationskonzepten kaum eine Rolle. Symptomatisch für die mangelnde Bereitschaft der offiziellen Politik, Rassismus und Diskriminierung als öffentliches Problem zu definieren und konsequent zu verfolgen, ist die widerstrebende und verspätete Umsetzung der einschlägigen EU-Richtlinien zum Verbot der Diskriminierung im Rahmen eines Gleichstellungsgesetzes.

Dass die Bekämpfung von Rassismus zum Kernbestand eines jeden Integrationsprogramms gehören muss, bedarf aus der Sicht der Betroffenen keiner weiteren Begründung. Eine Bekämpfung von Rassismus erscheint der offiziellen Politik offenbar als nebensächlich, weil sie Rassisten fälschlicherweise nur am äußersten Rand der Gesellschaft verortet. Die Bevölkerung wird grundsätzlich als „integrationsbereit“ definiert, und staatliche Instanzen sind ohnehin über jeden Verdacht erhaben.

### **Interkulturelle Öffnung**

Die „interkulturelle Öffnung der Regeldienste“: Seit Jahren beständig beschworen, bleibt dieser Anspruch belanglos, weil er nicht mit konkreten Maßnahmen verbunden wird, die über allgemeine Willenserklärungen hinausgehen. Die Regierungen von Bund und Ländern agieren auch deshalb wenig glaubwürdig, weil die eigenen Behörden von einer Umsetzung derartiger Forderungen weit entfernt sind: Außerhalb der Putz- und Reinigungsdienste finden sich MigrantInnen vor allem dort, wo ihre Beschäftigung die Durchsetzung ordnungspolitischer Ziele erleichtert, z.B. bei der Polizei. Entsprechend wenig Beachtung findet die besondere Situation von MigrantInnen in den Behörden und Verwaltungen. Es finden sich kaum Ansprechpartner/innen, und die erstellten Informationsblätter sind in der Regel in deutscher Sprache verfasst. Mehrsprachige Informationen finden sich im öffentlichen Raum vor allem dort, wo der Staat ein ordnungspolitisches Interesse daran hat, verstanden zu werden: Die Belehrung über die Verpflichtung, Nebeneinkünfte umgehend dem Sozialhilfeträger anzuzeigen, ist in vielen Sprachen vorrätig. Auch die Aufschriften auf öffentlichen Mülltonnen weisen uns in vielen Sprachen darauf hin, wo der Dreck hingehört.

### **Bildung und Ausbildung**

Dem Bereich Schule und Ausbildung widmet die offizielle Politik mittlerweile viel Raum. Anerkennenswert ist das Bemühen, durch eine gezielte Sprachförderung die schulischen Chancen der Kinder von MigrantInnen zu verbessern und die Arbeit von Jugendhilfe und Schule besser miteinander zu verzahnen. Freilich reicht das nicht, um die strukturelle Benachteiligung jugendlicher MigrantInnen in den Schulen tatsächlich aufzuheben. Für grundsätzliche Reformen wie z.B.

eine Überarbeitung der Curricula und Lernmedien oder die Schaffung eines flächendeckenden Ganztagesangebots für Schulen fehlt offenbar das Geld. Unter den Lehrkräften stellen MigrantInnen nur eine verschwindende Minderheit. Ein ergänzender Unterricht in den Muttersprachen von MigrantInnenkindern – wichtig für eine gelingende Sprachentwicklung – findet kaum statt und wird sogar zurückgefahren. Das faktische Ausbildungsverbot für geduldete Jugendliche setzt weiteren Qualifizierungs- und Vermittlungsbemühungen für diesen Personenkreis enge Grenzen.

### **Arbeit**

Im Bereich der beruflichen Eingliederung und Qualifizierung von Erwachsenen fällt der offiziellen Politik bislang nur wenig ein, obwohl die Arbeitslosenquote von MigrantInnen in Deutschland überproportional hoch ist. Eine an wirklicher Integration interessierte Politik müsste durch gezielte Qualifikationsangebote und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für einen Ausgleich sorgen. Beispielsweise wäre es denkbar, neben Jugendlichen, Behinderten oder Alleinerziehenden auch Flüchtlinge und MigrantInnen zu der Gruppe der auf dem Arbeitsmarkt Benachteiligten zu zählen und entsprechend vorrangig zu vermitteln.

### **Umgang mit Flüchtlingen**

Flüchtlinge gehören nicht zu den Eingewanderten, deren Integration gewünscht und gefördert wird. Eine Politik der Abschreckung hat in Deutschland Tradition. Mit unnachgiebiger Härte werden Flüchtlinge, die sich im Asylverfahren befinden oder geduldet werden, in Deutschland ausgegrenzt. Aspekte dieser Politik sind

- die zunehmende Lagerunterbringung;
- die Einschränkung der Bewegungsfreiheit durch die sogenannte Residenzpflicht;
- die Arbeitseinschränkungen, Ausbildungs- und Arbeitsverbote;
- die Einschränkung oder Abschaffung von Beratungsangeboten;
- die Förderung von „Rückkehrberatung“ statt unabhängiger Perspektivberatung;
- das Festhalten an diskriminierender Sachleistungsversorgung;
- die rigide Durchsetzung von Abschiebungen auch nach jahrelangem Aufenthalt;
- die zunehmende Kriminalisierung von UnterstützerInnen.

Flüchtlingsorganisationen und Wohlfahrtsverbände protestieren seit Jahren vergeblich gegen diese Politik, die nicht nur unmenschlich ist, sondern auch verkennt, dass der schäbige Umgang mit Flüchtlingen in Deutschland Rückwirkungen auf die Integrationsdebatte hat: Die Lager für Flüchtlinge und

## «Eine Politik, die nicht begreift, dass Integration auch etwas kosten darf ... ist integrationsunfähig.»



ihre Sonderbehandlung signalisieren der Gesellschaft, dass hier Fremd-Körper ausgesondert werden, und sie signalisieren den Eingewanderten, dass auch sie sich ihrer Rechte nicht sicher sein können.

### Resümee

Die Bundesrepublik war und ist wie kaum ein anderes Land auf Einwanderer und Einwanderinnen angewiesen. Die in Deutschland praktizierte Integrationspolitik ist jedoch halberzig und unglaublich. Es fehlt eine konsequente nachholende Integration für die in den letzten Jahrzehnten eingewanderten Menschen, und auch die Politik gegenüber Neuzuwanderern ist von Misstrauen und Abwehrreflexen geprägt. Die Rede von der angeblich misslungenen multi-kulturellen Gesellschaft, von gefährlichen Einwanderern und „integrationsunwilligen“ MigrantInnen fördert eher die Ausbreitung eines rassistischen und fremdenfeindlichen Klimas. Obwohl die Zahl der in Deutschland Asyl suchenden Flüchtlinge so niedrig ist wie seit 20 Jahren nicht mehr, verfolgen Bund und Länder gegenüber diesem Personenkreis eine gnadenlose Ausgrenzungspolitik.

Als Günter Beckstein vor einigen Jahren öffentlich forderte, „wir brauchen weniger Ausländer, die uns ausnützen, und mehr, die uns nützen“<sup>11</sup>, erntete er einen Sturm der Entrüstung.

Inzwischen scheint es selbstverständlich zu sein, dass jegliche Beschlüsse über die Erteilung eines Bleiberechts oder die Verlängerung einer Aufenthaltserlaubnis unter der Voraussetzung stehen, dass dies den Staat nichts kosten darf. Obwohl das Gerede von der angeblichen „Einwanderung in die Sozialkassen“ keinerlei empirische Grundlage hat<sup>12</sup>, sucht die offizielle Politik nach wie vor öffentlich den gegenteiligen Eindruck zu erwecken. Auf der Strecke bleiben dabei nicht nur die Härtefälle. Der Sozialstaat als Ganzes kommt zunehmend unter die Räder.

Gefordert ist eine Politik, die Migration als eine Chance versteht und MigrantInnen nicht von vornherein als eine potenzielle Gefahr beschreibt. Eine Politik, die nicht begreift, dass Integration auch etwas kosten darf und nur gelingen kann, wenn die Eingewanderten sich in Deutschland sicher und willkommen fühlen, ist integrationsunfähig. Der viel beschworene Paradigmenwechsel in der Migrationspolitik steht immer noch aus.

*Kai Weber, Geschäftsführer  
Flüchtlingsrat Niedersachsen  
Anke Immenroth, Mitglied  
im Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein*

<sup>1</sup> Quelle: Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, Berlin 2005, S. 53-54

<sup>2</sup> Quelle: Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, Berlin 2005, S. 60

<sup>3</sup> Quelle: Arbeitsagentur, Berichtsmonat Oktober 2006, Eckwerte des Arbeitsmarkts

<sup>4</sup> Quelle: Datenreport 2006 Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland - Auszug aus Teil II, S. 617

<sup>5</sup> Quelle: Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, Berlin 2005, S. 102-104

<sup>6</sup> Quelle: Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, Berlin 2005, S. 113-120

<sup>7</sup> Quelle: Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, Berlin 2005, S. 53

<sup>8</sup> d.h. mit in Deutschland erworbener Hochschulzugangsberechtigung

<sup>9</sup> Quelle: Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, Berlin 2005, S. 67

<sup>10</sup> Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung

<sup>11</sup> 10. Juni 2000, Focus

<sup>12</sup> Im Durchschnitt zahlen sie nach einer neuen Studie des Bonner Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA) für das Wirtschaftsmagazin „Capital“ pro Kopf und Jahr 1.840 Euro mehr Steuern und Beiträge an die öffentlichen Kassen, als sie an Transferleistungen erhalten. Quelle: news aktuell - Presseportal vom 24.09.2006